

EU-Mercosur-Abkommen: Ein Frontalangriff auf Klimaschutz, Biodiversität und Menschenrechte

Zivilgesellschaft fordert Abbruch der Verhandlungen

Seit 1999 verhandelt die Europäische Union mit den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) ein umfassendes Assoziationsabkommen. Es soll der lateinamerikanischen Agroindustrie mehr Exporte in die EU ermöglichen - im Austausch für Handelserleichterungen für die europäische Industrie, allen voran die deutsche Autoindustrie.

[Noch im Juni 2019 könne es zu einer Einigung](#) kommen (nach jüngsten Medienberichten bis zum G20-Gipfel in Osaka am 28./29. Juni) und damit in jedem Fall vor den Präsidentschaftswahlen in Argentinien im Oktober und dem Wechsel der EU-Kommission im November. Den Druck dahingehend erhöhten auch Angela Merkel und weitere EU-Regierungschefs [in einem Brief an Kommissionspräsident Juncker](#) vom 20. Juni.

Das Abkommen würde eine weitere Expansion der Agrarindustrie bedeuten und viele bestehende Probleme massiv verschärfen: Entwaldung, Verlust von Biodiversität, erhöhte Treibhausgasemissionen, Vertreibungen von Kleinbäuer*innen und Indigenen, Verschmutzungen durch Agrochemikalien, Zerstörung lokaler Ökonomien und erhöhte Risiken für Armut und Ernährungsunsicherheit. In der EU würde dies eine weitere Industrialisierung der Landwirtschaft und mehr Konzernmacht bedeuten, bei gleichzeitiger Zunahme des Höfesterbens in der bäuerlichen – vor allem tierhaltenden - Landwirtschaft. Während Standards bei Tierwohl, Umwelt und Gesundheit in der EU erhöht werden, werden diese gleichzeitig durch das Abkommen unterwandert. Gentechnik, hohe – und schwer kontrollierbare - Risiken bei der Lebensmittelsicherheit und intransparente Kennzeichnung wären eine Weichenstellung, die klar gegen die Interessen von Konsument*innen und Bürger*innen geht.

Was wird verhandelt?

Streit um Zölle und Quoten

Kernthema und größter Streitpunkt der Verhandlungen sind der Zugang zum europäischen Fleischmarkt und die Zollquoten für landwirtschaftliche Güter. Im Gegenzug erhofft sich die europäische (vor allem die deutsche Autoindustrie) besseren Marktzugang in Südamerika. Zusätzlich geht es im Abkommen um Ursprungsregeln, technische Handelshemmnisse, Dienstleistungen, kommunale Ausschreibungen, geistiges Eigentum, gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen.

Schon jetzt kommen aus dem Mercosur 250.000 Tonnen Rindfleisch auf den Binnenmarkt der EU. Nach bisherigen Informationen dürften die Quoten für Rindfleisch bei knapp 100.000 Tonnen und für Geflügel um rund 90.000 Tonnen erhöht werden. Bei Zucker sind es voraussichtlich mehr als 120.000 Tonnen und bei Ethanol über 600.000 Tonnen.

Nachdem die EU erst vergangene Woche beschlossen hat, [die Quoten für US-Rindfleisch massiv zu erhöhen](#) (ebenfalls im Interesse der EU-Autoindustrie, die US-Zölle fürchtet), steigt nun der Druck sich auch mit den Mercosur-Staaten auf eine weitere Ausweitung der Quoten zu einigen. Dagegen

protestierten große europäische Agrarverbände, aber auch [Irland, Polen, Belgien und Frankreich zeigen sich kritisch](#).

Laxere Lebensmittelkontrollen

Die Erhöhung der Quoten könnte auch mit Lockerungen bei europäischen Antibiotika-Regelungen oder bei Auflagen gegen die Rodung von Wäldern einhergehen. Die EU selbst schlug eine Beschleunigung der Exportgenehmigung für tierische Produkte vor. Das Importland soll auf amtsärztliche Kontrollen einzelner Viehbetriebe verzichten, wenn das Exportland „ausreichende Garantien“ erbringt, die Standards des importierenden Landes einzuhalten – eine weltfremde Klausel angesichts der notorischen Lebensmittelskandale und des chronischen Behördenversagens. Auch die Häufigkeit der Importkontrollen soll sinken. Der [Gammelfleisch-Skandal](#) 2017 zeigt, dass hier die Lebensmittelsicherheit aufs Spiel gesetzt werden könnte.

Angriff auf das Vorsorgeprinzip

In der EU ist das Vorsorgeprinzip rechtlich verankert. Es ermöglicht Produkten bei Risiken und wissenschaftlicher Unsicherheit (z.B. bei Krankheitserregern, Pestizid- und Tiermedikamentenrückständen oder GVO-Kontamination) die Zulassung zu verweigern. Im gesamten Entwurf des Mercosur-Vertragstextes findet sich nur eine einzige Erwähnung des Vorsorgeprinzips – bezeichnenderweise im nicht-sanktionsbewehrten, also zahnlosen, Nachhaltigkeitskapitel. Vorsorgliche Beschränkungen im Sinne des Vorsorgeprinzips könnten somit als potenzielle Verstöße gegen das Assoziationsabkommen geahndet werden.

Wettlauf nach unten bei Preisen und Standards

Die Fleischindustrie im Mercosur setzt auf Masse: Großbetriebe bewirtschaften bis zu 40.000 Rinder oder 100.000 Stück Geflügel. Das setzt einerseits die kleinstrukturierte bäuerliche Landwirtschaft massiv unter Preisdruck und verschärft die Klimakrise, andererseits gefährdet es die hohe Lebensmittelqualität in Europa. Das billige Fleisch wird auf Kosten der lokalen Bevölkerung und Umwelt produziert: Die Massentierhaltung erfolgt auf gerodeten Regenwaldflächen, die für das Klima der ganzen Welt von enormer Bedeutung sind. Tierwohl, Fleischqualität, Biodiversitäts- und Klimaschutz und Menschenrechte spielen keine Rolle.

Die Landwirtschaft und Viehzucht der EU kann mit den Billigpreisen der Mercosur-Importe nicht mithalten. Mit dieser Konkurrenz steigt auch in Europa der Druck in Richtung intensive Landwirtschaft und mehr Einsatz von billigem Kraftfutter. Dabei steht die agrarökologische kleinbäuerliche Landwirtschaft bereits jetzt unter enormem Druck des agroindustriellen Factory-Farmings, sei es in Lateinamerika oder Europa. Je mehr Fleisch importiert wird, desto mehr Regenwald wird gerodet, und desto mehr Landkonflikte gibt es um die Lebensräume von indigenen Bevölkerungsgruppen.

Mehr Agrartreibstoffe

Das Kapitel zu “Energy and Raw Materials (ERM)” soll den Handel mit Agrartreibstoffen (“biofuels”) erleichtern. Diese verursachen in Summe höhere Treibhausgasemissionen als Diesel aus fossilen Brennstoffen. Durch indirekte Effekte auf Landnutzungsänderungen (ILUC) würden zusätzlich Entwaldung und damit verbundene Biodiversitätsverluste die Klimakrise weiter verschärfen – ganz entgegen der Ansagen der EU.

Zahnlose Kapitel zu Menschenrechten und Nachhaltigkeit

Die zahlreichen Landkonflikte, die der Vormarsch des Agrobusiness in den Mercosur-Staaten anheizt, verlangen nach handelspolitischen Regeln, die die Menschenrechte schützen. Allein im Jahr 2017 kam es in Brasilien zu 70 Morden an Kleinbäuer*innen, Indigenen und Aktivist*innen, die sich gegen das vordringende Agrobusiness verteidigten. Gerade in noch walddreichen Regionen, etwa Amazonien oder dem Gran Chaco in Argentinien und Paraguay, bedrohen Viehwirtschaft und Plantagen die ansässige Bevölkerung. Doch das Assoziationsabkommen ist auch in dieser Hinsicht völlig unzureichend. Die Kapitel zu Menschenrechten und Nachhaltigkeit bieten keine Sanktionsmöglichkeiten und damit keinen ausreichenden Schutz vor Waldvernichtung, Biodiversitätsverlust oder Menschenrechtsverletzungen und Vertreibungen.

Undemokratische Gremien als Einfallstor für Industrielobbies

Das Assoziationsabkommen sieht die Einrichtung eines Unterausschusses für Lebensmittelsicherheit vor, was mithin auch Industrievertreter*innen oder Expert*innen mit Verbindungen zur Lebensmittelindustrie umfassen kann. Dessen Untergruppen befassen sich unter anderem mit Biotechnologie, Pestizidrückständen, Tierwohl und Antibiotika-Resistenzen. (Mehr Infos in der Langfassung)

“Monsanto-Gesetze” und Biopiraterie

Das Abkommen sieht vor, den freien Saatguttausch zu verbieten und zu kriminalisieren. Die geplante Ausweitung geistiger Eigentumsrechte für Agrarkonzerne würde den Zugang von Indigenen und Kleinbäuer*innen zu Saatgut erschweren. Dies wäre ein weiterer Schritt in die Privatisierung und Patentierung von Saatgut. Vorgesehen ist auch die Unterzeichnung eines weiteren Abkommens, welche die Patente auf Leben in globalem Maßstab erleichtern soll.

Digitalisierung von Machtkonzentration

Im Kapitel über “Electronic Commerce” sollen die Vereinbarungen und die nationalen Regulierungen zugunsten von Konzernen so locker wie möglich ausgestaltet werden. Das würde die Machtkonzentration im IT-Sektor verstärken. Insbesondere Brasilien ist aktuell der Vorreiter im Prozess der Digitalisierung der Landwirtschaft, jedoch unter nahezu vollständiger Kontrolle von einigen wenigen Konzernen.

Veraltetes Mandat und intransparente Verhandlungen

Trotz vielfacher Kritik führt die EU-Kommission die Verhandlungen auf Basis des Mandats von 1999 (vor der EU-Osterweiterung, dem Lissabon-Vertrag und dem Pariser Klimaabkommen) und ignoriert damit auch die jahrelange Kritik an den ökologischen und sozialen Defiziten der EU-Handelspolitik. Entgegen den Behauptungen der EU-Kommission wird das Abkommen im Geheimen und ohne Konsultation mit Zivilgesellschaft, Parlamenten und sozialen Bewegungen verhandelt. Die einzigen derzeit verfügbaren Dokumente sind aus Leaks stammende Entwürfe, die keine Einblicke in die Zugeständnisse ermöglichen.

Es ist dringlich, die europäische Öffentlichkeit über die Defizite des geplanten Abkommens aufzuklären. Dies ist besonders wichtig in Bezug auf die laufenden Verhandlungen, aber ebenso im Falle eines Abschlusses im Hinblick auf das weitere Ratifizierungsverfahren auf europäischer und nationaler Ebene. Deshalb braucht das geplante EU-Mercosur-Abkommen jetzt eine kritische Aufmerksamkeit, um ein Inkrafttreten mit all den genannten Problemen zu verhindern.

Zivilgesellschaft fordert Abbruch der Verhandlungen

Jetzt, wo immer mehr Menschen auf die Straße gehen und fordern die Klimakatastrophe aufzuhalten, versuchen die Regierungen ein Abkommen durchzusetzen, das genau das Gegenteil bewirkt. Damit machen sich Regierungen unglaubwürdig. Denn wirksamer Klimaschutz ist mit einer immer weiteren Liberalisierung des Welthandels im Interesse exportorientierter Konzerne nicht möglich.

Seit Jahren gibt es beiderseits des Atlantiks Widerstand gegen das Abkommen: Erst vergangene Woche forderten [340 Organisationen, darunter auch Attac Österreich und die ÖBV-Via Campesina Austria](#), die Präsidenten des Europäischen Rates, der EU-Kommission und des EU-Parlaments auf, die Verhandlungen **sofort zu unterbrechen**. Auch die [österreichische Regierung ist gefordert](#) (Brief).

Die Unterzeichnung eines Handelsabkommens mit der derzeitigen brasilianischen Regierung verstößt zudem gegen alle Menschenrechts- und Umweltrichtlinien der EU. Die EU darf kein Abkommen mit einem Land abschließen, in dem schwere Menschenrechtsverletzungen, Angriffe auf Minderheiten, die Zivilgesellschaft und indigene Völker stark zunehmen und Ausbeutung von Menschen bis hin zu moderner Sklaverei auch zum Alltag gehören, um die Interessen der europäischen (Auto-)Industriekonzerne und die mächtiger Agrarkonzerne und Großgrundbesitzer in Brasilien durchzusetzen. Seit dem Amtsantritt von Präsident Jair Bolsonaro wurde zudem die Abholzung des Regenwaldes dramatisch beschleunigt. International hat Bolsonaro den Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen angedroht. Selbst wenn dieser Austritt nicht erfolgen sollte, gehen seine Politiken klar zu Lasten des Klima-, Biodiversitäts-, Menschenrechts- und Waldschutzes.

In Österreich fordert ein breites Bündnis aus NGOs und Gewerkschaften „[Anders Handeln](#)“ eine gänzlich neue Handels- und Investitionspolitik, die Mensch und Natur in den Mittelpunkt stellt und nicht den Profit einiger weniger. Eine alternative Handelspolitik muss sich an Klimagerechtigkeit, Menschenrechten, globalen sozialen Rechten, Ernährungssouveränität und Fairem Handel orientieren.

HINTERGRUND: Die katastrophale Bilanz des industriellen, exportorientierten Agrarmodells

Für das internationale Agrobusiness und die Nahrungsmittelindustrie ist das Mercosur-Abkommen enorm wichtig. Denn der Löwenanteil der europäischen Agrar- und Nahrungsmittelimporte entfällt auf diesen südamerikanischen Verbund. 94 Prozent des Sojaschrots und 52 Prozent der Sojabohnen, die die EU auf dem Weltmarkt einkauft, stammen aus dem Mercosur. Die europäische Überschussproduktion von Fleisch und Milch wäre ohne die riesige Einfuhr von Soja und anderen Futtermitteln überhaupt nicht aufrechtzuerhalten. Der transatlantische Sojahandel stellt zudem einen der wichtigsten Absatzkanäle für gentechnisch veränderte Organismen (GVOs) dar. In Brasilien entfallen 96 Prozent der Sojaanbaufläche auf genmanipulierte Pflanzen, in Argentinien sogar 99 Prozent. Einen Großteil machen Sorten von Bayer/Monsanto aus.

73 Prozent der Rindfleischimporte und 56 Prozent der Hühnerfleischimporte in die EU stammen schon jetzt aus Mercosur. Das Wachstum der Rinderherden führt zu Landkonflikten und einer massiven Abholzung. Von 2000 bis 2012 wuchsen die Rinderherden in Amazonien um 71 Prozent, im Rest des Landes um 24 Prozent. Diese Tendenz zog eine nahezu unregulierte Ausbreitung von Schlachthöfen nach sich, ein großer Teil davon illegal.

Sollte es zum Abschluss des Abkommens kommen, könnte der Anteil des Mercosur an den gesamten Lebensmittelimporten der EU bis 2025 von derzeit 17 auf 25 Prozent ansteigen. Bereits jetzt gehen Produktion und Export von und der Handel mit Zuckerrohr, Soja, Ethanol und Rindfleisch mit einer katastrophalen Abholzung des Amazonas, extremem Wasserverbrauch und -verschwendung, der Vergiftung von Mensch und Natur durch Pestizide, Landvertreibungen und neuen Formen der Sklaverei einher. Ähnliches gilt für den Abbau von Eisenerz, Kupfer und anderen Rohstoffen.

[Entwaldung verzeichnet Rekordwerte](#)

Rindfleisch ist im globalen Maßstab der wichtigste Treiber von Entwaldung. Massive Entwaldung findet vor allem in Brasilien statt, aber auch in Argentinien und Paraguay. Mehr als 80 Prozent des abgeholzten Landes werden als Weide für die Tierindustrie genutzt. Das Amazonasgebiet in Brasilien (6.325 km² pro Jahr, wobei seit dem Amtsantritt von Bolsonaro neue Rekordwerte verzeichnet werden) und Gran Chaco in Paraguay (Südamerikas zweitgrößtes Waldgebiet, zwischen 2000 und 2015 wurden 90.000 km² entwaldet) haben die weltweit höchsten Entwaldungsraten. Im Cerrado in Brasilien, einer Zone mit besonders hoher Biodiversität, gingen zwischen 2002 und 2010 fast 100.000 km² verloren.

Zwischen August 2017 und Juli 2018 wurden 7.900 km² Amazonaswald abgeholzt. Das ist eine Steigerung um 13,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum und das größte entwaldete Gebiet seit 2008. Doch damit nicht genug: Im Jänner 2019 soll die Abholzung des Amazonasgebiets gegenüber dem Vorjahreszeitraum nochmals um 54 Prozent gestiegen sein.

Eine groß angelegte Studie führt 71 Prozent der Entwaldung in Südamerika auf die Tierhaltung zurück. Der Entwaldung für Weidehaltung folgt oftmals die Nutzung zur Produktion von Soja oder Zuckerrohr, weil dies profitabler ist. Dies führt wiederum zu weiterer Entwaldung an neuen Standorten. Landspekulation und extrem verschwenderische Formen der Landnutzung verschärfen die Lage zusätzlich. Eine Studie für Forest Trends ergab 2014, dass ca. 65 Prozent der brasilianischen Rindfleischexporte und 20 Prozent der Exporte aus Paraguay mit illegalen Abholzungen in Verbindung stehen.

Arbeitsbedingungen und Ausbeutung

Seit langem werden die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen im brasilianischen Fleischsektor kritisiert. So wurden etwa zwischen 2003 und 2010 10.300 Arbeiter*innen in Zulieferbetrieben für die großen Fleischverarbeiter aus moderner Sklaverei befreit. Einer Studie zufolge war der Tierhaltungssektor in dieser Zeit für 60 Prozent aller dokumentierten Fälle von moderner Sklaverei in Brasilien verantwortlich. Darüber hinaus ist der Fleischsektor ein zentraler Treiber von sozialen Konflikten zwischen Viehzüchtern und indigenen Gemeinschaften obwohl deren Territorien (theoretisch) gesetzlich geschützt sind.

Umweltzerstörung durch Großprojekte

Großprojekte wie Staudämme, an denen europäische Konzerne beteiligt sind, sind verantwortlich für Umweltzerstörung und der Vertreibung von Indigenen und Kleinbäuer*innen. Dies zeigt etwa das Beispiel des Belo-Monte-Staudamms: Nach Beschwerden von Menschenrechts- und Umweltorganisationen eröffnete die Interamerikanische Menschenrechtskommission im Januar 2016 offiziell ein Verfahren gegen Brasilien wegen Menschenrechtsverletzungen beim Bau des Belo Monte-Staudamms am Fluss Xingu. Zu den Vorwürfen gehören mangelnde Konsultationen und Umweltverträglichkeitsprüfungen, das Fehlen einer vorherigen informierten Zustimmung der indigenen Gemeinschaften, Zwangsvertreibungen sowie Gefährdungen des Lebens und der Gesundheit der Betroffenen. Soziale Bewegungen fordern auch im EU-Mercosur-Abkommen leicht zugängliche und effektive Beschwerdemechanismen, die Sanktionen für Menschenrechtsverletzungen von Regierungen und Unternehmen ermöglicht.

Pestizide in Brasilien: Giftcocktails im Wasser jeder vierten Gemeinde

In den vergangenen Jahren wurden in Brasilien hunderte Neuzulassungen von hochtoxischen Pestiziden erteilt. Allein bis April 2019 wurden vom Agrarministerium 86 neue Pestizide freigegeben. Dabei ist die Zahl der Genehmigungen bereits in den letzten Jahren rasant gewachsen: 139 im Jahr 2015 unter der Regierung Dilma und 450 im Jahr 2018 unter Temer. Treibende Kraft war dabei der brasilianische Agrarminister Blairo Maggi, der zugleich der größte Sojaproduzent weltweit ist. Über diese Zulassungen von Pestiziden werden laufend die umwelt-, gesundheits- und arbeitsrechtlichen Standards für Pestizide verwässert.

Das Beispiel Kaffee zeigt: 2018 waren bereits von den 121 in Brasilien im Kaffeeanbau zugelassenen Pestiziden 30 in der EU verboten. Bei Orangen und Zitronen sind es 33 von 116, bei Soja 35 von 150, bei Mais 32 von 120. Darunter jenes Pestizid, dessen Giftigkeit und Schädlichkeit weltweit am besten belegt ist: „Paraquat“ von Syngenta. Auch der Einsatz des dioxinhaltigen Herbizids 2,4 D oder von Glyphosat würde damit drastisch erhöht.